

Tagung mit dem Generalsekretär des ZK der SED - von links: Generaloberst Stechbarth, Generaloberst Kollier, Generaloberst Szelet, Marschall der Sowjetunion Kulikow, Armeegeneral Dzhur, Armeegeneral Durj, Marschall der Sowjetunion Usinow, Etsch Honeder, Armeegeneral Hoffmann, Waffengeneral Siwid, Generaloberst Qjennu, Armeegeneral Crijneg, Marschall der Sowjetunion Ogarkow, Armeegeneral Gribkow, Generalleutnant Zika, Marschall der Sowjetunion Petrow, Waffengeneral Molczyk (verdeckt), Armeegeneral Schawrow, Generaloberst Blahnik, Generaloberst Olaf, Generaloberst Dobraw

Foto: NDI/Junge

Verteidigungsminister der Bruderländer tagen in Berlin

ND 21.10.83

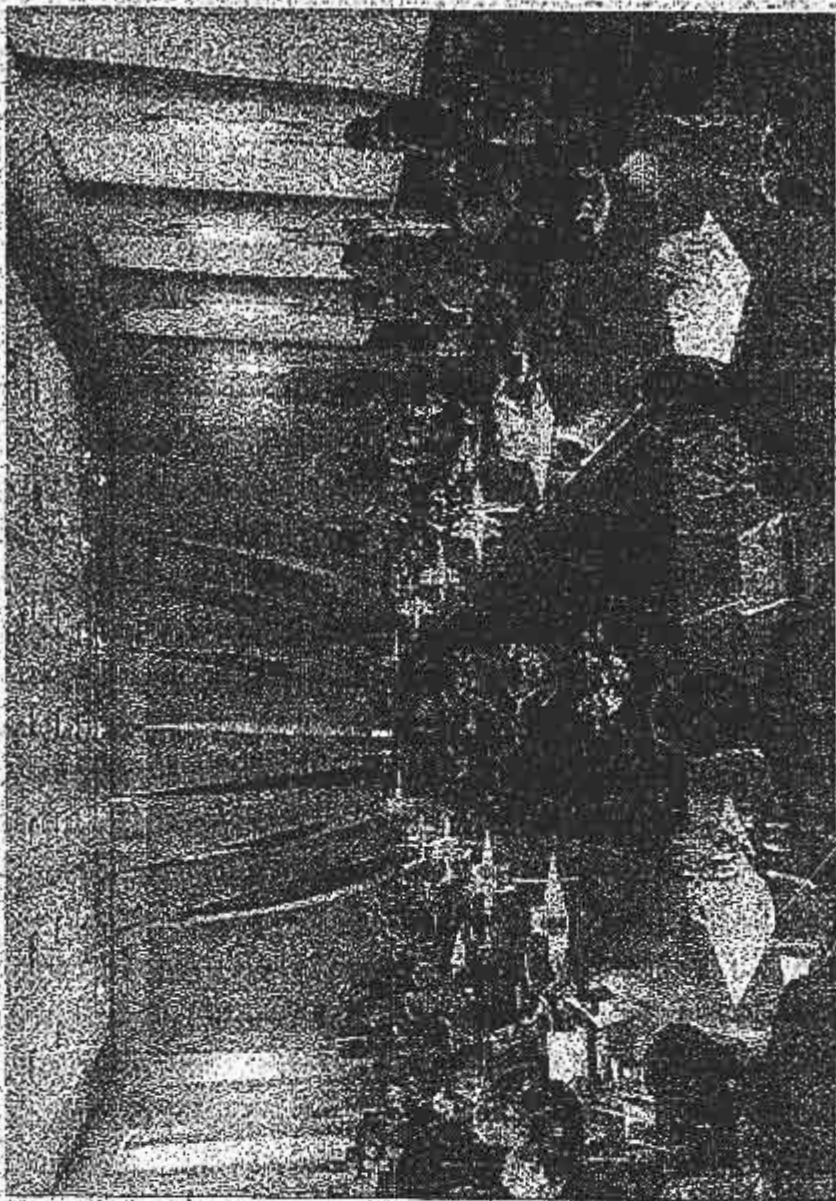
Beratungen unter Vorsitz von Armeegeneral Hoffmann

Berlin (ADN). Eine außerordentliche Tagung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurde am Donnerstagvormittag in der Hauptstadt der DDR, Berlin, eröffnet.

Die Beratungen finden unter Vorsitz von Armeegeneral Heinz Hoffmann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Minister für Nationale Verteidigung der DDR, statt.

An der Tagung nehmen teil: Armeegeneral Dobri Dshurov, Minister für Volksverteidigung der Volksrepublik Bulgarien; Armeegeneral Lajos Czinege, Minister für Landesverteidigung der Ungarischen Volksrepublik; Waifengeneral Florian Slwicksi, Stellvertreter des Ministers für Nationale Ver-

teidigung der Volksrepublik Polen und Chef des Generalstabes der Polnischen Armee; Generaloberst Constanin Olteanu, Minister für Nationale Verteidigung der Sozialistischen Republik Rumänien; Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, Minister für Verteidigung der Union, der Sozialistischen Sowjetrepubliken; Armeegeneral Martin Dzur, Minister für Nationale Verteidigung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik; Marschall der Sowjetunion Viktor Kulbikow, Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages; und Armeegeneral Anatoli Gribkow, Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte.



Bei der Beratung der Verteidigungsminister

Kommunique

über die Außerordentliche Tagung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Berlin (ADN). Am 20. Oktober 1983 fand in Berlin unter dem Vorsitz des Ministers für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, Armeegeneral Heinz Hoffmann, eine Außerordentliche Tagung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages statt.

An der Tagung nahmen teil: Armeegeneral Dobri Dahurow, Minister für Volksverteidigung der Volksrepublik Bulgarien; Armeegeneral Lajos Czinege, Minister für Landesverteidigung der Ungarischen Volksrepublik; Armeegeneral Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik; Waffengeneral Florian Siwidi, Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der Volksrepublik Polen und Chef des Generalstabes; Generaloberst Constantin Olteanu, Minister für Nationale Verteidigung der Sozialistischen Republik Rumänien; Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, Minister für Verteidigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; Armeegeneral Martin Dzur, Minister für Nationale Verteidigung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik; Marschall der Sowjetunion Viktor Kulikow, Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, und Armeegeneral Anatoli Gribkow, Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte.

Das Komitee der Verteidigungsminister erörterte im Geiste der Prager Politischen Deklaration vom 5. Januar 1983 und der Gemeinsamen Erklärung und der Gemeinsamen Erklärung führender Partei- und Staatsfunktionäre aus sieben sozialisti-

schen Staaten vom 28. Juni 1983 die Entwicklung der militärpolitischen Lage in Europa und schätzte ein, daß sie noch angespannter und gefährlicher geworden ist.

Die Teilnehmer der Tagung stellten fest, daß die NATO-Staaten die auf der Prager Tagung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gemeinsam unterbreiteten und im Juni dieses Jahres auf dem Moskauer Treffen bekräftigten konstruktiven Vorschläge bisher nicht nur unbeantwortet ließen, sondern die Vorbereitung der Stationierung neuer amerikanischer Kernraketen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen NATO-Staaten fortsetzen und eine militärische Überlegenheit über die Länder des Warschauer Vertrages anstreben, was eine direkte Gefahr für ihre Sicherheit und den Weltfrieden darstellt. Dies geschieht ungeachtet der Friedensvorschläge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die darauf gerichtet sind, die nukleare Bedrohung von Europa abzuwenden, es in einen Kontinent des Friedens zu verwandeln, der sowohl von Mittelstrecken-kernwaffen als auch von taktischen Kernwaffen frei ist.

Die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa führt unausweichlich zu einer gefährlichen Zuspitzung der gesamten Lage auf dem Kontinent und in der Welt sowie zum Anwachsen der Gefahr eines Kernwaffenkrieges mit katastro-

phen Folgen für die Völker. Unter diesen Bedingungen ist die Beseitigung der Gefahr einer nuklearen Konfrontation auf dem europäischen Kontinent von größter Bedeutung.

Durch das Komitee der Verteidigungsminister wurde — wie in der Gemeinsamen Erklärung der Teilnehmerstaaten des Moskauer Treffens von 1983 enthalten — bekräftigt, daß die Länder des Warschauer Vertrages niemals nach militärischer Überlegenheit gestrebt haben und dies nie tun werden, daß sie jedoch auch in keinem Falle eine militärische Überlegenheit über sich zulassen.

Zu den erörterten Fragen hat das Komitee der Verteidigungsminister einen entsprechenden Beschluß gefaßt.

Die Tagung verlief in einer sachlichen Atmosphäre, im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Einverständnisses.

Erich Honecker empfing Komitee der Verteidigungsminister der Staaten des Warschauer Vertrages

Armee general Heinz Hoffmann informierte über Beratungen des Komitees / Es gilt, die Stationierung neuer USA-Nuklearraketen in Europa zu verhindern und das Streben des Imperialismus nach militärischer Überlegenheit zum Scheitern zu bringen / Marschall Dmitri Ustinow übermittelte herzliche Grüße von Juri Andropow / Verdienste der Bruderarmeen gewürdigt / Frieden ist und bleibt Staatsdoktrin der DDR

Berlin (ADN). Der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, empfing am Donnerstag in Berlin anlässlich der Außerordentlichen Tagung des Komitees der Verteidigungsminister die Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und weitere führende Militärs der Vereinigten Streitkräfte.

Armee general Heinz Hoffmann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Minister für Nationale Verteidigung der DDR, unter dessen Vorsitz das Komitee der Verteidigungsminister getagt hatte, berichtete über den erfolgreichen Verlauf der Beratungen.

Die Teilnehmer der Tagung waren sich darin einig, daß die Grundlage der Prager Declaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, der Gemeinsamen Erklärung der führenden Repräsentanten der Partei- und Staatsführungen sieben sozialistischer Länder vom 28. Juni 1963 und der jüngsten sowjetischen Friedensinitiativen alles getan werden muß, um die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern und den Versuch der aggressivsten Reise des Imperialismus, militärische Überlegenheit zu erzielen, zum Scheitern zu bringen. Es wurde erklärt, daß die Verbündeten Armeen auch

künftig wachsam den Schutz des Friedens und die Unantastbarkeit der Grenzen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und der Errungenschaften der Brudervölker gewährleisten werden.

Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Verteidigung der UdSSR, der herzliche Grüße von Juri Andropow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, überbrachte, dankte im Namen der Delegationen der Bruderarmeen für die Gastfreundschaft und die guten Arbeitsbedingungen.

Die Sowjetunion und ihre Streitkräfte werden gemeinsam mit den Brudervölkern und ihren Armeen alles unternehmen, um den Frieden auf der Erde zu erhalten. Die Sowjetarmee ist gemeinsam mit den sozialistischen Bruderarmeen immer bereit, ihre internationalistische Pflicht zur Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes der Errungenschaften des Sozialismus ehrenvoll zu erfüllen.

Erich Honecker brachte die volle Übereinstimmung der Partei- und Staatsführung der DDR mit den auf der Tagung des Komitees der Verteidigungsminister behandelten Fragen zum Ausdruck.

Er würdigte die Verdienste der ruhmreichen Streitkräfte der UdSSR und der anderen Bruderarmeen der sozialistischen Gemeinschaft. Dank

ihrer Wachsamkeit, ihrer ständig hohen Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft habe sie maßgeblichen Anteil daran, daß die Völker Europas die längste Friedensperiode erleben.

Erich Honecker informierte über die Initiativen und Leistungen der Werktätigen und Soldaten der DDR, die die auf das Wohl des Volkes und die Sicherung des Friedens gerichteten Beschlüsse des X. Parteitag der SED schöpferisch verwirklichten.

Er verwies auf die hohe Aktivität aller Bürger der DDR beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bei der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes und den unzähligen Manifestationen, bei denen die Werktätigen der DDR ihren Willen zum Frieden, gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und gegen eine neue Runde des Wettrüstens zum Ausdruck brachten.

Der Generalsekretär versicherte, daß die DDR auch in Zukunft in völliger Übereinstimmung mit den von den sozialistischen Staaten unterbreiteten Friedensvorschlägen alles in ihren Kräften Stehende tun wird, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Frieden, das ist und bleibt die durch nichts und niemanden zu erschütternde Staatsdoktrin des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates, erklärte Erich Honecker. Deshalb unterstützt die DDR - getragen von der Sorge um den Frieden - zugleich in vollem Maße die auf der Außerordentlichen Tagung des Komitees der Verteidigungsminister erörterten Fragen, die sich aus der entstehenden Lage in Europa ergeben. Erich Honecker bat die Verteidigungsminister, den Generalsekretären beziehungsweise Ersten Sekretären der kommunistischen und Arbeiterparteien ihrer Staaten herzliche Grüße zu übermitteln.

Treffen in Prag mit Gustav Husak

Erich Honecker reist am Montag in die CSSR

Berlin (ADN). Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, wird am Montag zu einem Treffen mit dem Generalsekretär des

Zentralkomitees der KPTsch und Präsidenten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Gustav Husak, nach Prag reisen. Erich Honecker folgt einer Einladung Gustav Husaks.

Mitteilung des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR

Moskau (TASS). Das Ministerium für Verteidigung der UdSSR teilt mit:

Im Zusammenhang damit, daß die Vereinigten Staaten die Vorbereitung zur Stationierung landgestützter ballistischer „Pershing II“-Raketen und Marschflugkörper mit großer Reichweite in einer Reihe westeuropäischer NATO-Staaten abschließen, ist die Sowjetunion gezwungen, zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung

sowohl ihrer eigenen als auch der Sicherheit ihrer Verbündeten im Warschauer Vertrag zu ergreifen.

Entsprechend der Vereinbarung der Regierungen der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wird auf den Territorien der DDR und der CSSR mit den Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung von Ra-

ketenkomplexen operativ-taktischer Bestimmung begonnen.

Die unternommenen Schritte haben den Charakter einer der für den Fall der Stationierung der amerikanischen Raketen in Europa vorgesehenen Gegenmaßnahmen. Sie sind darauf gerichtet, das Gleichgewicht bei Kernmitteln zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO in Europa aufrechtzuerhalten.

Mitteilung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR

Berlin (ADN). Der Nationale Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik teilt mit:

Die USA und ihre NATO-Verbündeten treffen gegenwärtig vielfältige Maßnahmen, um gegenüber den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages militärische Überlegenheit zu gewinnen und das bestehende annähernde militärische Gleichgewicht einschneidend zu ihren Gunsten zu verändern. Diesem Ziel dient die vorgesehene Stationierung neuer amerikanischer Raketen-systeme in Westeuropa, wobei das Territorium der Bundesrepublik Deutschland zu einem zentralen Startplatz für atomare Erstschlagswaffen der USA gegen die UdSSR, die DDR und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gemacht würde.

Die Deutsche Demokratische Republik hat in voller Überein-

stimmung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mehrfach auf die gefährlichen Folgen der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Europa hingewiesen und erklärt, daß in diesem Falle die sozialistischen Staaten zu Gegenmaßnahmen gezwungen sind.

Die Sowjetunion, die DDR und die anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben vielfältige Vorschläge unterbreitet und halten sie weiterhin aufrecht, die dem Ziel dienen, auf dem Wege der Entspannung, der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung voranzukommen.

Im Zusammenhang damit, daß die Vereinigten Staaten die Vorbereitung zur Stationierung landgestützter ballistischer „Pershing II“-Raketen und Marschflugkörper mit großer Reichweite in einer Reihe westeuropäischer

NATO-Staaten zum Abschluß bringen, sind die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten gezwungen, zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu ergreifen.

Entsprechend einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Sowjetunion und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird auf dem Territorium der DDR mit den Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung von Raketenkomplexen operativ-taktischer Bestimmung begonnen.

Die unternommenen Schritte haben den Charakter einer der für den Fall der Stationierung amerikanischer Raketen in Europa vorgesehenen Gegenmaßnahmen. Sie sind darauf gerichtet, das Gleichgewicht an Kernwaffen zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO in Europa aufrechtzuerhalten.

Erklärung der ČSSR-Regierung

Prag (CTK). Erklärung der Regierung der ČSSR zur Vereinbarung zwischen der Regierung der ČSSR und dem Ministerrat der UdSSR:

Im Hinblick auf die fortschreitende Vorbereitung der USA und des NATO-Paktes auf die Stationierung neuer amerikanischer Kernraketen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen Ländern hat die Regierung der ČSSR nicht nur einmal auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die die Realisierung dieser Absicht für unser Land, unsere Verbündeten, die europäische Si-

cherheit und den Weltfrieden bedeuten würde. In diesem Zusammenhang wurde unsererseits mehrfach betont, daß im Falle der Realisierung dieser NATO-Pläne – ausgehend vom Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit – entsprechende politische und militärische Maßnahmen ergriffen werden.

Im Wissen um die Tatsache, daß die USA bereits die Arbeiten abschließen, die mit der Stationierung ballistischer Raketen Pershing II und von Flügelraketen verbunden sind, vereinbarten die Regierungen der ČSSR und der

UdSSR Gegenmaßnahmen, wenn es zur Stationierung dieser Kernwaffenmittel kommt. In gegenseitiger Übereinstimmung beider Regierungen werden die Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung von Raketenkomplexen operativ-taktischer Bestimmung auf dem Territorium der ČSSR begonnen. Diese unerläßlichen Schritte wurden mit dem Ziel getan, die Versuche der USA und der NATO zur Störung des strategischen Gleichgewichts und der Stabilität in Europa und in der Welt sowie um die Erlangung eines militärischen Übergewichts zu vereiteln.